



Schiedenheit der Interessen... erklären die Unterzeichneten, daß der Uebergang aller Arbeitswerkzeuge und Produktionsmittel in den Gemeinbesitz mit allen zur möglichen Mitteln anzustreben ist.

Nachdem Herr Toly diese Erklärung der weitaus überwiegenden Majorität des Kongresses (ein später veröffentlichter Protokoll von Kongressdelegierten gegen die Erklärung der Kollektivistischen Schichten) verlesen, wurde in die Debatte über die Tagesordnung eingetreten, welche indessen (wie schon erwähnt) wenig Bemerkenswerthes ergab. Unter diesem ist hervorzuheben, daß Bgr. Barthélemy auf die Nothwendigkeit der Erregung und Stärkung des Klassenbewußtseins hinwies, sowie davor warnte, zu früh etwas von der Revolution zu erwarten und ungebüßig, unüberlegt und unüberreift den Weg der Gewalt zu beschreiten, was nur im Interesse der Kapitalisten, der Volksbedrucker wäre.

Die zwölfte und letzte Sitzung des Kongresses beschäftigte sich mit der Fassung der Beschlüsse, welche wir in nachfolgenden Punkten zusammenfassen:

1) Die politische Erziehung der Frau soll mehr berücksichtigt werden; den Frauen sollen vollkommen dieselben politischen Rechte wie den Männern eingeräumt werden; in allen Versammlungen und Komitees sollen sie gleichberechtigt mit den Männern zugelassen werden. Die Frau soll selbstständig erklärt werden und als Mutter allein (A) über die Kinder zu verfügen haben. Die Konkurrenz, welche die Kloster- und Gefängnisarbeit Arbeitern und Arbeiterinnen macht, soll beseitigt werden.

Diese von der Bürgerin Hubertine Auclet formulierten Vorschläge wurden nach langer Debatte fast einstimmig angenommen.

2. Die Arbeiter-Syndikatskammern sollen über die mit den Lehringen geschlossenen Verträge wachen, zur Vermeidung von Arbeitsentstellungen als Schlichter angerufen werden und den anderen Vereinen gleichgestellt sein. Gründung einer Unterstützungskasse für Arbeitslose, Kranke und Greise. Abschaffung aller beengenden Gesetze.

Diesen vom Berichterstatter Dauhiers beantragten Beschlüssen wird auf Antrag Sibillat's noch die Erklärung hinzugefügt, daß die Syndikats-Kammern keineswegs als ein genügendes Mittel zur Lösung der sozialen Frage zu betrachten, indessen gleich anderen an sich unzulänglichen Mitteln zu benutzen seien, um der Lösung des sozialen Problems schnellstmöglich nahe zu kommen.

3. Einführung des religionslosen, unentgeltlichen und obligatorischen Unterrichts; Beseitigung des Schulmaterials durch den Staat; Gründung von Gewerkschulen in allen Gemeinden, welche über 3000 Einwohner zählen.

Außer diesen von Nier redigierten Beschlüssen fand auch noch der Antrag Tressaud Annahme, wonach der Kongress die Vorteile der sozialen Studien-Zirkel anerkennt und zur Bildung solcher auffordert.

4. Ernennung von aus Arbeitgeber und Arbeitern bestehenden Ausschüssen behufs Feststellung von Arbeitslöhnen; andererseits Verbeibaltung der Strafe als beste Waffe, dem Kapital die Spitze zu bieten. Die Mittelpersonen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern sind zu beseitigen. Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften und lokalen Gruppen. (Berichterstatter Vernard.)

5. Trennung von Bourgeoisie und Proletariat in politischer Beziehung, d. h. Bildung einer großen Arbeiterpartei; die direkte Vertretung des Proletariats in allen gewählten Körperschaften; die möglichst beschränkte Dauer des Mandats; die Befolgung aller Wahlämter. Schaffung einer Arbeiterpresse. (Berichterstatter Lombard.)

6. Der Erdboden, das Innere der Erde, das Arbeitswerkzeug (Maschinen etc.) und alle Rohstoffe sollen als Gemeingut erstreckt und als unteilbar und unerbäulich erklärt werden.

Ueber diese von Moutet vorgeschlagene Fassung entspann sich eine längere und ziemlich hitzige Debatte, indem sowohl Serre als der unermüdete Posuivist Finance für das Privateigentum eintraten und entsprechende Resolutionen einbrachten, welche indessen, nachdem Moutet, Lombard und Fauché dagegen gesprochen, mit großer Mehrheit (50 gegen 26 Stimmen) abgelehnt wurden, worauf die obigen Anträge Moutets mit allen gegen 10 Stimmen angenommen wurden.

7. Abschaffung aller Steuern (P), der Rente und aller Privilegien und Monopole. Die Minorität der Kommission, aus den Bgrn. Bonnè und Declart bestehend, während die Mehrheit durch den Berichterstatter Sulvin vertreten war, hatte jedenfalls vernünftiger — eine einzige, progressive Einkommensteuer verlangt, konnte indessen nicht durchbringen.

8. Uebergang zur Tagesordnung über die Frage, ob Schutzoll oder Freihandel, da dieselbe lediglich eine kapitalistische Frage und von keinem prinzipiellen Interesse für das Proletariat ist.

9. Hinsichtlich des nächsten Kongresses hatte die zu dessen Organisation gebildete Kommission vorgeschlagen, ihn in Genf abzuhalten und zu einem internationalen zu erklären. Gegen diesen Vorschlag erhob sich indessen von verschiedenen Seiten ein lebhafter Widerspruch, und zwar nicht nur aus praktischen Gründen. Herr Bonnè sprach sich gegen jeden andern als einen nationalen Kongress aus und glaubte, daß aus einer Annahme des Kommissionsvorschlages politische Komplikationen entstehen würden. Finance stimmte ihm bei und der Vorschlag wurde abgelehnt, wogegen der Antrag einer Gruppe, den Kongress 1880 in Havre zu halten, angenommen wurde. — So sehr wir die Idee eines internationalen Sozialistenkongresses auch begrüßen, für so notwendig halten wir es unter den gegebenen Verhältnissen, daß der nächste französische Kongress ein rein französischer sei, und können daher dem Kongressbeschluss nur bestimmen. Denn es ist weit wichtiger, Klarheit und Organisation in die im großen Ganzen mehr von instinktiven Gefühlen, als von bestimmten, selbstwüthigen Bestrebungen bewegte und überdies von den verschiedensten sozialen Schichten vertriebene französische Arbeiterwelt zu bringen und dadurch ein greifbares Resultat zu erzielen, das zugleich auch die internationalen sozialistischen Bewegungen mächtig fördert; als allgemeine Sympathiebewegungen auszutauschen, die wohl sehr gut und erfreulich sind, aber der Sache nur in sehr bescheidenem Maße nützen, solange die sozialistische Durchbildung der verschiedenen Nationen nicht eine annähernd gleichartige ist, wodurch erst das rechte gegenseitige Verständnis ermöglicht wird.

Nachdem der Kongress auf Antrag Vesebères noch die Ab-

geordneten aufgefordert, für die vollständige Amnestie einzutreten und beschloffen, die Erklärung der Kollektivisten in Druck legen und massenhaft verbreiten zu lassen, wurden die Sitzungen des dritten sozialistischen Arbeiterkongresses von Frankreich Nachts 1/1 Uhr geschlossen und die Delegierten trennten sich unter dem Rufe: Es lebe die sozialdemokratische Republik!

### Sozialpolitische Rundschau.

Wie wir es längst voraus sagten und wie es übrigens jeder vernünftige Mensch voraussehen konnte, wird die deutsche Regierung sowohl der Berliner Belagerungszustand als das ganze Ausnahmengesetz keineswegs so schnell ablaufen lassen; vielmehr beide so lange als möglich konserviren und womöglich in ihren wesentlichen Bestandtheilen zu dauernden Institutionen machen. Der Antrag auf Verlängerung des Belagerungszustandes ist von der preussischen Regierung beim Bundesrath bereits gestellt und mit der fortdauernden und keineswegs verminderten „gemeingefährlichen“ Thätigkeit der Sozialdemokratie und der Unmöglichkeit, dieser gegenüber schon jetzt auf so wirksame Befugnisse zu verzichten, sowie insbesondere auch mit dem Umstand, daß sich die geheime Einfuhr verbotener sozialdemokratischer Schriften aus dem Ausland in letzter Zeit sehr erheblich gemehrt habe, motivirt. Selbstverständlich wird der Bundesrath ebenso verständnisvoll sein Ja und Amen zu dem Antrag der Regierung sagen, wie es seinerzeit der Reichstag thun wird, wenn von ihm die Verlängerung und dieselbe auch noch die Kompensirung des Ausnahmengesetzes verlangt wird. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich hierauf längst eingerichtet und wird also dadurch nicht A'errührt. Auch ob die Bemühungen der Regierung zur Vernichtung der Sozialdemokratie in dem zweiten Jahre und während der ferneren Dauer des Sozialistengesetzes mehr Erfolg haben werden, als bisher, sind wir in der Lage, mit Seelenruhe abwarten zu können. Ob wohl die Regierung ihrer Sache eben so sicher ist?

Die infame Gewaltthat, welche die elenden Schergen der belgischen Regierung in Charlelineau begingen, indem sie bewaffnet in eine friedliche Versammlung einbrachen und ohne auch nur den Schein eines Rechtsgrundes auf wehrlose Arbeiter und Arbeiterinnen einhieben, hat Tausenden von Arbeitern und namentlich den unmittelbaren Zeugen der That, den heinegauischen Kohlenarbeitern, mit einem Schlag die Augen geöffnet und ihnen die Wahl zwischen den Plagen der Regierung und Bourgeoisie und den Lehren des Sozialismus erleichtert. Während die Kohlenarbeiter des Charlelineaues zum Genugthuung der Bourgeoisie bisher fast gänzlich außer dem Einfluß der gefährlichen „Agitatoren“ standen, hat sich das jetzt gründlich geändert. Auf Aufforderung der belgischen Arbeiterpartei und des von ihr zu den Streikenden Delegirten, Gen. Louis Bertrand, der den Bergleuten klar machte, wie ihre Anforderungen so lange aussichtslos seien, bis sie nicht gleich ihren Brüdern in der Vorinlage und anderwärts über eine irramme Organisation verfügten, nahmen die Streikenden, wenn auch mit Stimm gegen die übermäßigen Arbeitgeber und dem Gelohniß auf eine künftige Vergeltung im Herzen, aber ohne Bödern dem Rath ihrer Brüder folgend, die Arbeit wieder auf. Jetzt ist dort die Agitation in vollem Zug. Versammlung folgt auf Versammlung und die Reihen der Arbeiterbataillone füllen sich immer mehr. Wenn die Organisation in dieser Weise fortschreitet, dann rückt der Zeitpunkt rasch näher, wo die Vorkämpfer der Arbeiter der unerfreulichen Pflicht überhoben sein werden, die in ihrem Recht befindlichen Arbeiter zur Zurückdämmung ihres Grolles und zur Nachgiebigkeit gegen den Uebermuth ihrer Unterdrücker zu bewegen!

Um so elender ist das Treiben einer, glücklicherweise allerdings geringen Anzahl von Leuten, die selbst dem Arbeiterstand angehören, ja sogar auf den Ehrgeiz eines Sozialisten Anspruch erheben und trotzdem nichts Besseres zu thun wissen, als gerade den gegenwärtigen Augenblick allgemeinen, hingebendsten und opferwilligsten Zusammenwirkens dazu zu benutzen, um nach Möglichkeit Mißtrauen und Zwietracht zu säen. Am vordergangenen Montag hielt die „Anarchistische Liga“ zu Brüssel, eine kleine Clique verbissener Sezessionisten, eine Versammlung, in welcher die belgische sozialistische Arbeiterpartei, ihr Programm, ihre Bestrebungen, ihre Führer, kurz die ganze Bewegung in einer Weise herabgewürdigt, verächtet und beschimpft wurde, daß die Todfeinde der Arbeiterklasse ihre helle Freude daran haben müssen. Die Bestrebungen der Arbeiterpartei nach Errichtung eines sozialdemokratischen Volksstaates seien „reaktionär“, weil dadurch die Knechtschaft des Volkes um nichts leichter würde; alle Regierung müsse aufhören, damit Jeder seine volle Freiheit erhalte etc. Diesen „prinzipiellen“ Unsinn reichte sich dann würdig an, was über den Streik von Charlelineau, resp. die Affäre von Charlelineau gesagt wurde. Die sehr vernünftige Handlungsweise Louis Bertrand's, die durch das Massacre der Gen darmen provoziert Arbeiter angeführt der totalen Unzulänglichkeit jedes Widerstands zur Ruhe zu ermahnen, wurde als eine Art Verrath bezeichnet und erklärt, daß es das Recht und die Pflicht der Bergleute gewesen sei, die „ewigen Ruhiger“ beiseite zu schieben und die zwölf Gen darmen zu einem Brei zusammenzuhaufen! Wie schrecklich aber das Volk eine solche, wenn auch noch so berechtigtere Rache that zu hüßen hätte, so lange es nicht die nöthige Macht zum nachhaltigen Widerstand und zur Unterwerfung der herrschenden Klasse in Händen hat — um solche Dinge klammern sich natürlich die „anarchistischen“ Großredner nicht. Wenn auch Hunderte und Tausende massakrirt, säkkrirt und eingekerkert würden und der jegliche Druck und das Elend des Volkes infolge der natürlichen Reaktion verdoppelt würde — was läge diesen hirn- und gewissenlosen Revolutions-Rauhhelden daran, die ihre eigene Haut jedenfalls zuerst in Sicherheit zu bringen wüßten! Es wäre ja doch einmal ein richtiger Verrath, eine „revolutionäre That“, die nach der Behauptung dieser Leute allem zum Ziele führen, während die ruhige, weniger Sensation erregende, aber unermüdete Arbeit derer, welche nach den Regeln einer vernünftigen Kriegsführung erst rüsten, organisiren und mobilisiren, den wichtigen Faktor der Volksstimmung für sich gewinnen und schließlich den günstigsten Zeitpunkt abwarten,

bevor sie ins Feld rücken, — im Grunde nichts als Befreiter, verkappte Reaktionsäre und Volksverräther sind. Glücklicherweise sind die belgischen Arbeiter vernünftig genug, um sich auf solche Verräthe nicht einzulassen und die „revolutionären“ Jungendräger werden deshalb bei ihnen kaum mehr Erfolg haben, als bei den deutschen Sozialdemokraten. Die Infamie des Versuches aber, gerade in einem Augenblick, wo ein Zusammenwirken aller Kräfte doppelt nöthig ist und wo das Gros der Genossen sich doppelt opfermüthig und hingebend zeigt, Mißtrauen und Zwietracht zu säen und dadurch die Bewegung zu schwächen, — die Infamie dieser Handlungsweise wird durch die von den Nachern unverschuldete Erfolglosigkeit derselben um nichts geringer — hier wie dort!

Endlich ist die englische Regierung aus der vornehmen und geringschätzigen Zurückhaltung, die sie bisher der irischen Agrarbewegung gegenüber beobachtete, heraus und der das Volk des grünen Erin im Innersten erregenden Frage näher getreten. Und zwar that sie das, wie es von der jetzigen beschränkten Interregierung allerdings nicht anders zu erwarten war, in richtiger kurzschäftiger und deutlicher Herrschermanier. Drei Agitatoren: Der Fenier Dabitt, der Adokat Killen und der Redakteur Daly wurden verhaftet und unter militärischer Eskorte abgeführt, um wegen „Ausreizung zum Aufruhr“ vor Gericht gestellt zu werden. Und diesen Verhaftungen sollen neuerdings 18 weitere gefolgt sein.

Die Aufregung über diesen Gewaltstreich, über den offenbaren Willen der Regierung, die nothgedrungenen Forderungen des Volkes nach Recht und Brot mit brütaler Gewalt zu beantworten, ist in ganz Irland eine ungeheure und die Dinge entwickeln sich rasch in der Richtung einer gewaltsamen Lösung der Frage. Zahlreiche Versammlungen, in denen die Empörung des Volkes über die Gewaltthat der Regierung zum Ausdruck kommt und die Stimmung eine immer erhitze tere und kampfbereitete wird, finden in Stadt und Land statt. bewaffnete Haufen durchstreifen das Land und bedröhen die Landagenten und die zu den Grundherren haltenden Pächter, Plakate zum Widerstand und zur bewaffneten Erhebung zur Vertreibung der Landlords und zur Loslösung von England aufzulegen, werden im ganzen Land angeschlagen. Das Landvolk in einigen Bezirken beginnt sich bereits mit Waffen zu versehen und allenthalben werden „Widerstandsklassen“ gebildet.

Und die Irländer in England und namentlich in Amerika sind nicht minder thätig. Der „Irish World“ von New-York, das Organ der feindlichen Plücker, krönl ein Subskription zu Gunsten der Opfer, deren die gegenwärtige Agraragitation in ihrem weiteren Verlauf zweifellos zahlreiche zählen wird. Denn das irische Organ sieht die gegenwärtige Agrarbewegung lediglich als ein Vorspiel der bewaffneten Erhebung des irischen Volkes an und thut es deshalb für die Pflicht aller in Amerika lebenden Irländer, für diese nicht mehr ferne Stunde Streikkräfte zu rüsten und eine Armee stärke zu bilden. Und diese Ansicht ist keineswegs eine vereinzelte. Die amerikanischen Blätter veröffentlichen zahlreiche Meinungsäußerungen von hervorragenden irischen Parteigängern, welche alle darauf hinauslaufen, daß ein gütliches Kompromiß zwischen den irischen Grundherren und ihren Pächtern sehr unwahrscheinlich und auch im Interesse des irischen Volkes überhaupt nicht wünschenswerth sei und daß die einzige dem Volk zu seinem Recht verhelfende Lösung der Landfrage die sei, die Landlords aus dem Land zu jagen.

In der nordamerikanischen Arbeiterbewegung herrscht ein reges Leben, welches lebhaft an die rasche Entwicklung des deutschen Sozialismus während des letzten Jahrzehnts erinnert. Fast alltäglich entstehen in allen Theilen der weiten Union neue Arbeiter-Affiliationen: Parteimitgliedschaften, Gewerkschaften, Fachvereine, Sektionen und andere Vereine englischer, französischer, slawischer, böhmischer und vor allem deutscher Zunge. Kongresse, Wahlkonventionen, Verbandsversammlungen, Stilles-Alles-Dien. Demächst wird auch der Parteikongress (National Convention) in Alleghany City (Pennsylvanien) stattfinden und werden hierfür von dem National-Exekutiv-Komitee (Central-Committee) bereits alle Vorbereitungen getroffen. Besonders durch die Nothwendigkeit, die den Kongress betreffenden Bekanntmachungen, sowie die an ihn gestellten Anträge auch den nicht englisch sprechenden Genossen mitzutheilen, gedrängt, hat das Exekutivkomitee auch vor Kurzem eine längstgefällige Lücke in der amerikanischen Parteipresse ausgefüllt, indem es seit Oktober ein offizielles Parteiorgan in englischer Sprache herausgibt, welches zugleich die den amerikanischen Arbeiterbewegung in's als alles Andere übliche Zusammenfassung und Vereinigung der allenthalben zerstückelten und nicht selten in den wichtigsten saktischen und selbst vermittelten Dingen auseinander gehenden Kräfte, mit andern Worten: die Zentralisation befördern soll. Und diesen wichtigen Zweck zu fördern scheint uns das neue „Bulletin of the Social-Labor Movement“ seiner ganzen Anlage nach wohl geeignet. Es ist von anerkannter Reichhaltigkeit, enthält für alle Parteifragen gutbearbeitete Rubriken und bringt namentlich eine instruktive Monatsübersicht über den Stand der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Wie entnehmen dieser Uebersicht einige kurze Angaben über die Parteipresse. Demnach erscheint die „New Yorker Volkszeitung“, eines der bestredigsten Blätter der Partei, in einer Auflage von weit über 10,000. Daneben gibt die New-Yorker demokratische Sektion noch das rechtliche Organ „Democratic Lawyer“ heraus. In Philadelphia erscheint das „Tagblatt“ und in Chicago der „Arbeiterzeitung“ (Arbeiterzeitung) — beide ebenfalls in bedeutender Auflage, letzterer seit neuerer Zeit unter der unermüdeten Redaktion des Dr. Weig. Die von unseren bewährtesten Genossen Otto Walzer in St. Louis herausgegebene „Volksstimme des Westens“ ist den meisten unserer Genossen ohnehin schon bekannt. Binnen Kurzem soll in St. Louis aber auch ein englisches Parteiorgan herauskommen. Milwaukee hat ebenfalls ein deutsches Organ, den „Milw. Sozialist“. Dagegen hat sich zu Cincinnati, der Information des „Bulletin“ gemäß, das früher dortige Organ nicht erhalten können; doch gaben die deutschen Genossen während der letzten Wahlkampagne ein Blatt, den „Volkswille“, heraus, von dem wir wünschen, daß es die Wahl überlebt haben möchte. In Chicago erscheint noch das deutsche Organ „Den nye Tid“ und in New-York der englische „Wor-

ker. — Außerdem sind zur Arbeiterpresse noch die, allerdings außer dem Parteiverbande stehenden Blätter: „La Jeune Jeunesse“ (Organ der Gabellischen Kolonie Neu-Nearien, Corning, Joma), „Socialistic Greenback Labor Paper“, „Presse of the Co-operative Colonization Movement“ und „The Irish World and American Industrial Liberator“ (Organ der irischen Feinier in New-York) zu zählen. Nahe des Bestrebungen der Partei auch der radikale „Freidenker“ von Milwaukee.

Eine recht ansehnliche Streitkraft, wie man sieht, zu deren Bildung und Schulung die deutsche Sozialdemokratie nicht das Wenigste beigetragen. Zahlreiche deutsche Genossen von gutem Klang in der Partei: Adolf Douai, Otto Walster, Grottkau, Dr. Liebig, Dr. Georg Siewing, Franz und Andere stehen an ihrer Spitze, was uns eine Bürgschaft mehr für die stetige Entwicklung der Partei ist. Uebrigens soll dadurch keineswegs gesagt werden, daß die englisch sprechenden Genossen etwa den deutschen unebenbürtig seien. Vielmehr ist gerade das Erfreulichste, daß die allerdings von den Deutschen „importirte Idee“ jetzt auch unter den Anglo-Amerikanern sich immer mehr Bahn bricht und daß die letzteren der amerikanischen Partei auch bereits tüchtige und eifrige Vorkämpfer gegeben haben. Daß aber die deutschen Genossen in der amerikanischen Bewegung ihrer Mutterpartei in Deutschland nicht vergessen haben, zeigt nicht nur ihre ganze Parteithätigkeit, sondern auch jede Nummer ihrer Organe, und hat noch jüngst die allgemeine und einstimmige Sympathie bewiesen, mit welcher die deutsch-amerikanische Parteipresse unter neugegründetes Parteiorgan begrüßt, und die Aufmerksamkeit, mit welcher sie die Veröffentlichungen desselben verfolgt.

Die Idee der Emanzipation des Proletariats macht in neuerer Zeit auch in Südamerika ansehnliche Fortschritte. Erst jüngst bildete sich in der Hauptstadt Brasiliens, in Rio Janeiro, eine große Arbeiter-Union, welche zwar weit entfernt ist, bereits ein festes, sozialistisches Programm zu haben, deren bester Kern indessen durchaus von den Ideen des Sozialismus geleitet wird, die allmählig auch immer weiter in die Menge eindringen und über kurz oder lang, wie überall, wo sie in den Arbeiterkreisen erscheinen, alle anderen unzulänglichen Bestrebungen zur Verbesserung des Arbeiterlooses aufzulösen wird.

Bereits um ein Erhebliches weiter fortgeschritten ist die Arbeiterbewegung in Argentinien, das, namentlich durch die zahlreichen eingewanderten Italiener angeregt, schon seit längerem mehrere eifrige sozialistische Affiliationen anarcho-socialistischer Färbung hat. Dieselben hielten dergleichen September in Buenos-Aires einen Kongreß ab, auf welchem die Gründung eines festorganisirten argentinischen Arbeiter-Bundes (Federacion Regional Obrera Argentina) beschlossen wurde. Was uns Europäer dabei am meisten Wunder nehmen muß, ist, daß die ganze Lokalpresse von Buenos-Aires diesen sozialistischen Kongreß sehr unparteiisch und günstig beurtheilte. Seitdem hat sich, im Oktober, auch bereits die neue Organisation konstituiert, und entfaltet eine eifrige Thätigkeit. Die energichste Mitgliedschaft des neuen Bundes ist ersichtlich das „Zentrum der Arbeiter-Propaganda“ in Buenos-Aires, welches zahlreiche Genossen zählt und auch bereits verschiedene Flugblätter veröffentlicht hat. Seinem Eifer wird es hauptsächlich zu danken sein, wenn die argentinischen Sozialisten bereits über ein eigenes Presorgan verfügen, welches am 16. Oktober zum ersten Mal ausgegeben werden sollte. Es soll den Titel „La Vanguardia“ (Die Vorhut) führen und fährt sich mit den bezeichnenden Worten ein: „Ruhm der Arbeit, Ehre denen, welche schaffen. Friede und Wohlstand allen Menschen, welche guten Willens sind. Was ist der Kapitalist? Alles. Was soll er sein? Nichts. Was ist der Arbeiter? Nichts. Was soll er sein? Alles.“

Auch in Uruguay besteht bereits eine Sektion der Internationalen und zwar in Montevideo. Dieselbe ist sehr rührig und steht mit den übrigen sozialistischen Zentren Südamerikas in Lima, Valparaiso, Buenos-Aires und Rio Janeiro in lebhaftem Verkehr. Bereits ist die Abhaltung eines südamerikanischen sozialistischen Kongresses geplant, auf welchem alle südamerikanischen sozialistischen Organisationen und namentlich die verschiedenen Landeszentralen vertreten sein und einen gemeinschaftlichen Aktionsplan beraten sollen.

### Verichte.

**Büch.** 23. November. Die österreichische Regierung hat — wie allezeit, der Berliner Parole folgend — dem „Sozialdemokrat“ weis es in ihrer Macht liegt, den Eingang nach den österreichischen Kronländern versperren, indem sie ihm den Postdebit entzog. Auf unsere Verbindungen mit den österreichischen Genossen über diese Maßregel aber selbstverständlich nicht den geringsten Einfluß zu haben.

**Büch.** 24. November. Der im „Sozialdemokrat“ veröffentlichte Aufruf unserer deutschen Genossen, für die Unterstützung der Opfer der in Deutschland wüthenden Sozialistenhege, für die Gefangenen und Ausgewiesenen und deren Familien nach Kräften thätig zu sein, hat hier, insbesondere angesichts der neuesten Ausschreitungen der preussisch-deutschen Polizei, warme Aufnahme gefunden. Gestern, Sonntag, veranstaltete der hiesige deutsche Arbeiterverein eine Abendunterhaltung zum Besten der aus der Reichshauptstadt ausgewiesenen Genossen und ihrer Familien, welche von deutschen und schweizerischen Genossen überaus zahlreich besucht und vom besten Geiste besetzt war. Die Genossen Beckstein und Greulich hielten erhabende, zur Ausdauer, Einigkeit und Opfermüthigkeit ermahnende Ansprachen, mit denen zahlreiche Deklamationen im gleichem Sinn und gelungene Vorträge des Männerchors abwechselten. Das pekuniäre Ergebnis des Abends ist ein sehr ansehnliches, indem nahezu 70 Franken an den Unterstützungsfonds abgeliefert werden konnten! Die Aufforderung des Festredners, es an diesem einen Abend für die Opfer des Sozialistengesetzes nicht genügen, sondern ihm eine Reihe ähnlicher folgen zu lassen, fand allgemeine Zustimmung. Möge das Beispiel des wackeren deutschen Vereines Büch bei den deutschen Genossen an andern Orten der Schweiz und allenthalben im Ausland recht eifrige Nachahmung finden!

a. b. Leipzig, 19. November. Es war voranzusehen, daß

auf die Nothschreie über die drohende Hungernoth in Schlessen und im Thüringer Wald bald mit einem gleichen Nothschrei aus den sächsischen Industriebezirken beantwortet würde. Wer die traurige Lage unserer Weber- und Strumpfwirberbevölkerung, wie sie sich schon seit Jahren gestaltet hat, kennt, wird sich nur wundern, daß der Nothschrei nicht früher kam. Und es ist Niemand anders, als das „Leipziger Tageblatt“, das im Schönfärberbisch das Stärkste leistete, welches diesen Nothschrei aus dem untern Erzgebirge veröffentlicht! Nach einem Bericht desselben vom 11. November aus Mülsen-St. Micheln, das in einer der ärmsten und dichtestbesiedeltesten Industrie-Gezenden Sachsens, zwischen Glauchau und Zwickau liegt, ist dort am 7. November in der Gemeinderathssitzung eine Deputation von Arbeitern (Webern) mit der Erklärung erschienen: daß sie unter den jetzigen Verhältnissen weder Abgaben noch Steuern für Staat und Gemeinde entrichten könnten und entweder Arbeit oder Brot verlangten! Der arme Gemeinderath, der die Lage der Einwohner zu genau kennt, um nicht zu wissen, daß die Angaben auf vollkommenster Wahrheit beruhten, war ganz verduht und wußte keinen andern Ausweg, als das Anlegen zu Protokoll zu nehmen und an die Amtshauptmannschaft nach Glauchau zu senden. Wer die fast erschreckende Bedürfnislosigkeit und Bescheidenheit unserer Weber kennt, der kann ersehen, auf welche Höhe die Noth gestiegen sein muß, wenn diese zu solchen Schritten ihre Zuflucht nehmen.

Erstirte noch die sozialistische Agitation, so würde der Nothstand längst zur öffentlichen Erörterung gezogen worden sein und die Staatsbehörden wären darauf aufmerksam geworden. Jetzt erfahren sie dergleichen erst, wenn die Noth zur öffentlichen Klamlamität geworden ist. Die Polizeiorgane, und zwar speziell im Bezirk der Zwickauer Kreisshauptmannschaft, in dem Mülsen-St. Micheln liegt, haben jetzt so viel mit der Sozialistenhabe zu thun, daß sie für den Nothstand weder Zeit, noch Auge und Ohr haben. Der Zwickauer Kreisshauptmann sieht seinen Ehrgeiz darin, neben seinem Berliner Kollegen Herrn v. Madai die meisten Verbote und Maßregelungen herbeizuführen und am brutalsten vorgegangen zu sein. Heute entzieht er einer armen Frau, die mit ihren Kindern nicht weiß, wovon sie sich ernähren soll, das Recht der Kolportage, obgleich es sozialistische Blätter nicht mehr gibt; morgen veranlaßt er Spionagen und Hausdurchsuchungen bei Wirthen und Geschäftsleuten, die im Geruche stehen, daß zeitweilig Sozialisten bei ihnen verkehren; übermorgen wird ihnen ein harmloser Gesangs- oder Vergnügungsverein verboten, der das Unglück hatte, einen feithern Sozialisten unter seinen Mitgliedern zu zählen. Seit einem Jahre ist die Gendarmen- und Polizeimannschaft der Zwickauer Kreisshauptmannschaft auf den Beinen, um eingebildeten geheimen sozialistischen Verbindungen, geheimen Schriften und geheimen Zusammenkünften auf die Spur zu kommen, und sie konnte es dennoch nicht verhindern, daß wir unmitttelbar sozusagen unter ihrer Nase einen Sieg bei der Landtagswahl erliefen. Bei so angestrengter Thätigkeit hat sie natürlich für solche Kleinigkeiten wie allgemeiner Nothstand und Hungernoth keinen Sinn. Mag die Kanaille krepiren, — sind es doch meist Sozialisten und die besten sozialistischen Bezirke, in denen die Noth graust!

Die Herren, die heute das Szepter schwingen und sich trotz der Gewalt herausnehmen, das arme Volk zu treten und zu mißhandeln, leben von den Steuergrößen, die sie diesen Halbverhungerten herauspressen, herrlich und in Freuden, — der Schrei der Armut bringt nicht in ihre behaglichen Räume. Wie kann man Wohlwollen und Gefühl von Menschen verlangen, die es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, ihre Nebenmenschen in ihrer Existenz zu Grunde zu richten, weil diese das Verbrechen begehen, eine entgegengesetzte Gesinnung wie sie, die Verfolger, zu haben?

Darf man sich da wundern, wenn bei dieser Rohheit von Oben, bei diesem frivolen Spiel mit Erbsenzen, die Rohheit und die Demoralisation, begünstigt durch Arbeitslosigkeit, Noth und Elend aller Art, in den Massen progressiv steigt? Und diese selben Menschen, die in solch barbarischer Weise an ihren Nebenmenschen handeln, nennen sich gute fromme Christen, verdröhen heuchlerisch die Augen und raten dem Volke, nur recht geduldig zu sein, fleißig zu beten und pünktlich die Steuern zu zahlen, bis es besser werde.

Zum Glück deuten alle Anzeichen darauf hin, daß das nächste Jahrzehnt dem deutschen Proletariate die Erlösungstunde bringt! Der ganze Zustand der Dinge geht rasend rasch seiner Auflösung entgegen. Während man in den oberen Regionen nur darauf sinnt, neue Mittel aus dem Volke herauszuschinden, um die Gewalt zu verdoppeln und jedem Sturme trocken zu können, läßt man unbedacht, daß das Fundament faul und morsch und untergraben ist; so daß der ganze stolze Bau eines schönen Tages wie ein Kartenhaus zusammenstürzen und diejenigen zuerst begraben wird, die sich heute seine festesten Stützen nennen. Diese Hoffnung ist es, welche uns die Nichtswürdigkeit unserer Zustände guten Muthes zu ertragen ermöglicht. Uebrigens wird der Nothstand im Erzgebirge den sozialistischen Landtags-Abgeordneten veranlaßt, eine Interpellation im Landtag zu geben, um zu hören, was die Regierung und die Kammer dazu sagen.

Zum Schluß noch eine Mittheilung, die Sie speziell sehr interessieren wird. Vor einigen Tagen erschienen hier in der Genossenschaftsbuchdruckerei einige höhere Polizeibeamte, um nach dem Regenschattsbericht der sozialistischen Reichstagsabgeordneten, der nach der Behauptung der Beamten hier gedruckt werden sollte, zu handsuchen. Natürlich war der Liebe Muth vergebens. Wie wir ganz zuverlässig erfahren, fand diese Recherche auf Betreiben des Berliner Polizeipräsidenten statt, das sich immer mehr und mehr in die Stelle eines deutschen Reichspolizei-Ministeriums hinein-arbeitet und die Polizei in den verschiedensten aufstrebendsten Städten in einer Weise behandelt, als sei es schon jetzt deren vorgesehene Behörde. Es sind uns da ganz kuriose Mittheilungen zu Ohren gekommen. So wird auch behauptet, daß sowohl in Hamburg wie in Leipzig, und vermutlich auch in andern nicht preussischen Städten sich eine Anzahl Berliner Spitzel befinden, die den doppelten Zweck haben, die Sozialisten der betreffenden Orte und zugleich deren Polizei zu überwachen, weil letztere verschiedentlich nicht mit der gewünschten preussischen „Straumtheit“ zu Werke geht. Es wäre also gar nicht unwahrscheinlich, daß gelegentlich der Ver-

längerung des Sozialisten-Geistes auch die Forderung nach einem deutschen Reichspolizei-Zentralstelle geltend gemacht wird, wobei dann Herr v. Madai Aussicht hätte, deutscher Reichspolizei-Minister zu werden. Wohl bekomms!

**y Magdeburg, 20. November.** Unsere Agitation für die demnächstige Reichstags-Verfassung ist im besten Zug, so daß wir hoffen dürfen, daß das Resultat trotz aller uns von allen Seiten in den Weg geworfenen Hindernisse hinter den früheren Wahlergebnissen nicht zurückstehen wird, sondern daß wir eher noch mehr Stimmen als bei der letzten Wahl erhalten werden. Eine Stichwahl, in welche wir mit kommen, ist zweifellos. — Wichtig ist aber vor Allem, wenn unsere Agitation entsprechend wirken soll, daß wir von den Genossen allerorts mit Geld unterstützt werden (das man an die bekannten Adressen senden möge), denn die beiden Wahlen kosten Geld, und die Krise hat die Zahl der Opferfähigen unter den Magdeburger Sozialisten sehr geschwächt. Wenn uns aber unsere Genossen in ganz Deutschland nicht im Stich lassen, sondern nach Kräften ihr Scherlein beitragen, dann wird es im Verein mit dem, was wir zu leisten vermögen, schon gehen; wir haben ja schon so oft mit geringen Mitteln Wunder gewirkt! Die Partei muß eine neue Probe auf das Sozialistengesetz ablegen und diese darf nur zu ihrer Ehre ausfallen. Darum vorwärts, Genossen, thut was ihr könnt!

Der sozialdemokratische Reichstagskandidat, Genosse Biered, war bereits mehrere Male hier anwesend, um im Privatkreise für seine Wahl zu agitiren und sich den Gesinnungsgenossen persönlich vorzustellen. Bei einer solchen Gelegenheit kam es am vorigen Sonntag zu einem amüsanten Wettrennen zu Fuß und per Droische zwischen Biered und einem Theile unserer Genossen einerseits und der Magdeburger Polizei andererseits. Biered, der bereits an der Bahn von Dienern der heiligen Hermandad in Empfang genommen wurde, war diese Gesellschaft sehr lästig und so wurde zwischen ihm und den ihn abholenden Genossen verabredet, in welcher Weise man der Polizei ein Schnippen schlagen und sich zu einer vertraulichen Besprechung zusammensuchen könnte. Der Kampf, erst im Dauerlauf zu Fuß angefangen, wurde bald per Droische weiter geführt, doch zog in demselben die Polizei, als der ungeschicktere Theil, den Kürzeren. Die mit Polizei gefüllte Droische jagte noch hinter dem sozialistischen Gefährte drein, nachdem dessen Insassen schon längst durch einen Sprung in eine der engen Nebengassen Magdeburgs der Befolgung entrückt waren. Später fand man sich in den Bustrühen Biered zusammen, wo mittlerweile sich mehrere hundert Genossen eingefunden hatten. Als Biered eintrat, erhoben sich diese zum Zeichen des Grußes sämtlich von ihren Plätzen, nur die verdächtigsten Polizeibeamten blieben sitzen, ein Umstand, der verthätete, daß unsere Genossen verschiedene Persönlichkeiten als „Scheime“ kennen lernten, die ihnen bis dato unbekannt waren! Die Polizei ist klug und weise und sie betrügt man nicht! In dessen lassen wir uns von ihrer Weisheit so wenig imponiren, wie durch ihre Macht. Wie schon mitgeteilt, hat neulich in einer konservativen Versammlung unser Polizeipräsident öffentlich erklärt: Er werde mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die sozialdemokratische Wahlagitation unmöglich machen. Nun, der 10. Dezember wird die Antwort hierauf geben.

Genosse Bracke, der früher in Magdeburg kandidirte, dies aber jetzt als Vertreter des 17. sächsischen Wahlkreises nicht mehr kann, hat im konservativen „Magdeb. Tagebl.“ seine früheren Wähler aufgefordert, Biered ihre Stimmen zu geben; die „liberale“ „Magdeb. Zig.“ hatte die Aufnahme der Annonce verweigert. Das steht diesem „liberalen“ Paß ganz ähnlich; in Denunziren und Verleumdungen der Sozialdemokratie hat speziell die „liberale“ Presse bisher das Menschenmögliche geleistet, und die konservative Presse war und ist im Vergleich zu ihr ein Muster von Anständigkeit. Das Geheimniß dieses Widerspruchs ist freilich leicht zu errathen. Die liberale Presse ist par excellence die Vertreterin des Selbsthats, und der Selbsthatsmensch ist feig und brutal. Wer sein Interesse antastet, gegen den empfindet er den ingrinnigsten Haß und ist in diesem Haß begehrt er jede Gemeinheit, um seinen Gegner zu schädigen. Man darf ohne Uebertreibung sagen, daß unsere deutschen Liberalen — die Leute von der Fortschrittspartei mit einbegriffen — siebenmal mehr Freude über das Sozialistengesetz empfinden, als ihre Verbündeten, die Konservativen. Es ist gut, wenn man sich dies für die Zukunft fest einprägt.

**a Breslau, 19. Novbr.** Durch die am 12. November stattgehabte Nachwahl zum Abgeordnetenhaus ist die nationalliberale Partei, mit Hilfe des konservativen Wahlvereins, die tonangebende Partei nicht nur hier, sondern in ganz Schlessen geworden. Dies ändert an der politischen Situation insofern nichts, als ja die bisher hier dominirende Fortschrittspartei von jeher nichts anderes als eine verkappte reaktionäre Mittel- und Knüppelpartei war und, wie eine ihrer tonangebenden Blätter mit großem Schmunzeln und Wohlbehagen dieser Tage berichtete, auch ferner zu sein gedenkt, insofern sie dem königsberger Professor Wölter, welcher das Dreiklassenwahlgesetz vertheidigte, Recht gab, und selbiges am liebsten auch zum Reichstage eingeführt wissen möchte. Uns wundert dies ekelergregende Treiben um so weniger, da wir unsere fortschrittlichen Pappenheimer seit länger als 17 Jahren bei ihrem Treiben zu beobachten Gelegenheit hatten. Was kann man von Leuten, die uns seit Beginn unserer Bewegung die Versammlungslokale hintertreiben und somit dem „gewaltigen“ Kanzler freiwillige Polizeidienste leisten, auch mehr erwarten? Was kann man erwarten von Leuten, die jeden unserer Redner niederbrüllen, der sich je einmal erheute, seine Meinung über sie zu äußern und die durch ihre maßlosen Heerereien das Ausnahmegesetz vorbereiteten? Nichts! — oder auch Alles! Für uns sind die Aussichten um so besser, je mehr sich diese Politiker als das öffentlich zeigen, was sie von jeher gewesen sind.

Selbstverständlich ist hierbei, daß ein Unterschied zwischen Fortschrittspartei und Nationalliberalismus nicht im Geringsten besteht, daß das Gesagte für beide gilt. Das Volk sei politisch noch nicht reif genug, um das allgemeine Wahlrecht richtig anzuwenden u. dgl. mehr. Und doch hat die Wahl im Februar gezeigt, daß die Fortschrittspartei nur dann einen der Ihrigen durchbringt, wenn die Mannen des „Neuen Wahlvereins“ Vorspanndienste leisten. Ob das für die Folge noch geschehen wird, bleibt abzuwarten. An den Liberalen und Fortschrittlern wird

